

Volk will den Bundesrat nicht selber wählen

Autor(en): **Müller, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **40 (2013)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911096>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Volk will den Bundesrat nicht selber wählen

Das Volk will seine Regierung nicht selber wählen. Die Initiative «Volkswahl des Bundesrates» hat am 9. Juni 2013 mit einem Neinstimmen-Anteil von über 76 Prozent deutlich Schiffbruch erlitten.

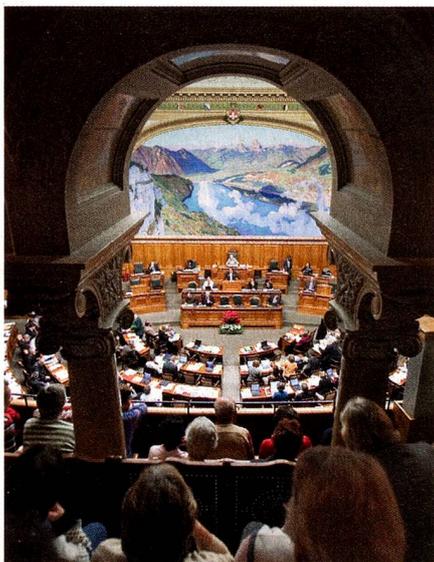
Von Jürg Müller

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) als Initiatorin des Volksbegehrens hat sich redlich Mühe gegeben: Sie hat grosse Plakate mit dem Slogan «Dem Volk vertrauen» ausgehängt und jeden Schweizer Haushalt mit einem «Extrablatt» versorgt. Das Volk sollte den Bundesrat wählen, «damit die Schweiz nicht zu Grunde geht», stand darin in grossen Lettern. Das war wohl etwas übertrieben. Der Feuereifer jedenfalls ist nicht übergesprungen. Der hitzige Abstimmungskampf blieb aus, obschon es um eine Grundfrage der schweizerischen Staatsorganisation ging. Die Initiativgegner haben ihr Ziel ohne grosse Gegenpropaganda erreicht. Wenn das Volk

statt des Parlaments den Bundesrat wähle, dann entspreche das dem bewährten Modell bei den Wahlen der kantonalen Regierungen, fand die SVP. Die Volksrechte würden ausgebaut und die Gewaltenteilung gestärkt. Die Gegner argumentierten, bei der Volkswahl würden die Regierungsmitglieder endgültig zum Spielball der Parteipolitik, die Sachpolitik gerate ins Hintertreffen. Gewarnt wurde auch von einem permanenten Wahlkampf mit massivem Geldeinsatz.

Schwerste Niederlage der SVP

Das Nein kam nicht unerwartet, doch die Deutlichkeit überraschte allgemein. Derart wuchtig wurde bisher noch keine Initiative der SVP verworfen. Einer der Gründe ist, dass die Volkspartei nicht einmal ihre eigenen Anhänger voll zu überzeugen vermochte. Verschiedene Parteiexponenten und Sektionen traten offen für ein Nein ein. Dieses Nein zeigt auch, dass Vorlagen, die von Misstrauen gegenüber den bestehenden Institutionen getragen sind, beim Volk nicht gut ankommen. Im vergangenen Jahr wurde die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» mit rund 75 Prozent Neinstimmen abgelehnt. Ähnlich klar ging 2008 die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» unter, die dem Bundesrat einen Maulkorb umhängen wollte. Auch die Initiative «Einbürgerungen vors Volk» wurde 2008 mit knapp 64 Prozent deutlich verworfen. (Kommentar rechts)



Das Volk bleibt Zuschauer bei der Bundesratswahl

ASYLGESETZ EINMAL MEHR VERSCHÄRFT

Asylgesuche dürfen nicht mehr bei Schweizer Botschaften eingereicht, renitente Asylbewerber können in speziellen Zentren untergebracht werden und der Bund kann ohne kantonale und kommunale Einwilligung Asylunterkünfte eröffnen. Diese Änderungen des Asylgesetzes wurden am 9. Juni 2013 vom Volk mit über 78 Prozent Zustimmung gutgeheissen. Linke Kreise hatten das Referendum dagegen ergriffen. Bereits fünf Mal wurde das Asylgesetz in den vergangenen 25 Jahren verschärft, fünf Mal scheiterten Referenden dagegen. Die deutliche Zustimmung zeigt, dass auch viele Linke der sozialdemokratischen Justizministerin Simonetta Sommaruga folgten, welche die Vorlage als Beitrag zur Beschleunigung des Asylverfahrens bezeichnete. Der Politikwissenschaftler Claude Longchamp erklärte im Schweizer Fernsehen SRF, die Stimmenden hätten weniger einer konkreten Vorlage zugestimmt, als ihren generellen Unmut über die Flüchtlingspolitik geäussert. (JM)

Ein Akt kluger Selbstbeschränkung

Über kein Gremium wird in der Schweiz intensiver diskutiert als über den Bundesrat, die sieben Bundesrätinnen und Bundesräte genießen die permanente Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Die Chance, ihre Polit-Stars in direkter Volkswahl selber zu küren, ergreifen die Schweizerinnen und Schweizer nicht. Ist das nicht ein Widerspruch?

Nein, es ist ein Akt kluger Selbstbeschränkung. Die Schweizer sind nicht obrigkeitstgläubig, aber sie haben einen fein entwickelten Sinn für den Wert ausgewogener und stabiler politischer Institutionen. Man fährt den Mitgliedern der Landesregierung mitunter heftig an den Karren; aber gleichzeitig respektiert man die Institution in hohem Masse. Allen Unkenrufen zum Trotz genießt der Bundesrat gemäss Umfragen grosses, jüngst gar wieder wachsendes Vertrauen.

Die Ablehnung der SVP-Initiative für die Volkswahl des Bundesrates (siehe Artikel links) ist eine eindrückliche Vertrauenskundgebung für ein äusserst erfolgreiches politisches System. Da gibt es keinen Grund, das fein austarierte Gleichgewicht zwischen Volk, Parlament und Regierung zu stören. Die Volkswahl hätte aber genau das bewirkt.

Es gibt kein Land auf der Welt, in dem das Volk über derart viel Gestaltungskraft verfügt wie in der Schweiz. Die direkte Demokratie wird auch ausgiebig genutzt, sie ist ein wesentlicher Faktor helvetischer Stabilität. Denn wo Sachthemen ausführlich debattiert und durch das Volk entschieden werden, steigt auch die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Das ist der Kern direkter Demokratie. Die Volkswahl hätte also kein Mehr an sachpolitischer Mitbestimmung gebracht, sondern höchstens ein Mehr an politischem Spektakel zulasten kontinuierlicher Regierungstätigkeit.

JÜRIG MÜLLER